

Demokratie- und Menschenrechtsbildung in der Corona-Krise

Einblicke in das Bildungsprogramm „Zusammenleben neu gestalten“



Christa Kaletsch

Das Anhalten der Einschränkungen und Probleme im Zuge der COVID 19-Pandemie beeinträchtigt das demokratische Selbstverständnis in Teilen der Bevölkerung. Verunsicherungen, Frust und Enttäuschung suchen sich zuweilen destruktive Wege oder werden in verschwörungsideologischen Narrativen gebunden. Gelegenheiten für antisemitische sowie die demokratisch-verfasste, plurale Gesellschaft infrage stellende Diskurse nehmen zu. Rechtsextremismus-Experten/-innen wie beispielsweise Matthias Quent¹ und Beate Küpper² weisen auf das „Mobilisierungspotenzial“ im Zuge der Corona-Krise hin. Umso wichtiger ist es, in Schule und anderen pädagogischen Zusammenhängen Räume zu eröffnen, die Kinder, Jugendliche und Heranwachsende dazu einladen, gesellschaftliche Entwicklungen und Entscheidungen konstruktiv-kritisch zu begleiten.

„The best interest of the child“ – Problematischer Umgang mit dem Kindeswohlvorrang

Gerade für junge Erwachsene, Jugendliche und Kinder stellen sich besondere Herausforderungen. Sie sind weiterhin massiv von den zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Maßnahmen betroffen. Ihre Bedürfnisse stehen jedoch selten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Sie werden noch immer viel zu wenig an der Entscheidungsfindung beteiligt – obwohl ihre Perspektive nach der in vielen Landesverfassungen und der EU-Grundrechtecharta verankerten Kinderrechtskonvention vorrangig zu betrachten ist³. Aus einer demokratiepädagogischen (gewaltpräventiven) Perspektive muss dies bedenklich stimmen. Studien zum Erleben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verdeutlichen darüber hinaus die Gefahr des Verlusts eines demokratischen (Selbst-)Bewusstseins von Kindern und Jugendlichen: Sie habe sich „noch nie so ohnmächtig gefühlt“, berichtet eine Teilnehmerin einer gemeinsam von der Stiftung Universität Hildesheim und der

Universität in Frankfurt veranlassten bundesweiten Studie zu „Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen“. Viele Teilnehmende beklagten, sich auf ihre Rolle als Schüler/-innen reduziert zu fühlen, die vor allem Stoff lernen sollten. Ihre Expertise und Lösungskompetenz sei nicht wahrgenommen und entsprechend abgerufen worden. Ihre Sorgen und Nöte wurden einfach nicht gesehen: „Von jetzt auf gleich nicht mehr raus zu dürfen und seine Freunde nicht mehr sehen können ist eine Zumutung! Man vereinsamt regelrecht, obwohl die Familie da ist“, so die eindrückliche Situationsbeschreibung einer weiteren Teilnehmerin der Online-Befragung im Frühjahr 2020, die eine das Forscher/-innen-Team überwältigende Resonanz hatte: Ungewöhnlich häufig machten die Teilnehmenden Gebrauch von der Möglichkeit, sich in freien Textfeldern mitzuteilen,⁴ was auch in der zweiten, im November 2020 durchgeführten Studie⁵ festzustellen ist. Neben der Entwicklung persönlicher Zukunftsängste nimmt die Sorge um globale gesellschaftliche Folgen einen erheblichen Anteil des Erlebens ein. „Ich bin froh, wenn

es endlich vorbei ist – wenn die Menschen wieder normal ansprechbar sind, unterschiedliche Meinungen keine Beziehungen mehr zerstören und man sich wieder sicher sein kann, wie man sich verhalten soll. In Zeiten, in denen Menschen mehr denn je füreinander da sein sollten, wird die Gesellschaft noch weiter gespalten. Unsicherheit und Angst bestimmen unser Leben und Menschen werden nach ihrer Wichtigkeit (Systemrelevanz) kategorisiert – der Wert eines Menschen ist jedoch nicht durch eine(n) Beruf(ung) bestimmbar. Ich bin gespannt, wie unsere Gesellschaft sich „nach Corona“ verhält und entwickelt hat. Ich stehe dem mit Sorge gegenüber“, äußert beispielsweise eine Teilnehmerin in.

Dem Vertrauensverlust in die Demokratie präventiv begegnen

Die Studien verdeutlichen die Notwendigkeit, die Schüler/-innen mit subjektorientierten Angeboten zu adressieren, in denen sie sich als Mensch ganzheitlich wahr- und ernstgenommen fühlen können. Mit Bezug auf Grund-, Kinder- und Menschenrechte – die in Deutschland auch während der coronabedingten Einschränkungen

¹ Siehe beispielsweise in einem Interview im März 2020: <https://gegenanalyse.de/wir-erleben-nicht-nur-eine-corona-pandemie-sondern-auch-eine-pandemie-des-hasses/>.

² Vgl. beispielsweise Fritz Reusswig und Beate Küpper: Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört? Klima- und Corona-Krise als neue Reallabore rechter Akteursallianzen, in Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2/2020, S. 62–80.

³ Der Kindeswohlvorrang ist in Artikel 3 der UN-KRK formuliert.

⁴ Vgl. Andresen, Sabine et al. (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Online abrufbar unter: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docid/1078>.

⁵ Vgl. Andresen, Sabine et al. 2020: Die Corona-pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen. Jugendalltag 2020.

gen „vollumfänglich weiter gelten“⁶ – lassen sich Gelegenheitsräume öffnen, die Kinder und Jugendlichen nach ihren Erfahrungen, Wünschen und Bedürfnissen zu fragen und ihnen damit ein Stück weit das Vertrauen in die Wertschätzung der zentralen Werte einer demokratischen Gesellschaft zurückzugeben. Nicht nur die Studien auch die Rückmeldungen aus Schulen, die wir im Rahmen unseres Projekts begleiten konnten, verdeutlichen, warum es wichtig und notwendig ist, über die Stoffvermittlung hinausgehende methodische Zugänge zu wählen, die den Schüler/-innen ermöglichen, „Selbstvertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit“ (wieder) zu erlangen bzw. sich als handlungsfähig zu erleben.

„Zusammenleben neu gestalten“ – Informationen zu Programm und Materialien

„Wie kann unter den stark veränderten Bedingungen Partizipation gestaltet werden? Wie kann mit bestehenden Verunsicherungen umgegangen werden? Wie können die komplexen Zusammenhänge rund um die Erfahrungen mit Corona aufgegriffen und zum ‚Lerngegenstand‘ gemacht werden? Wie mit rassistischen Krisendeutungen und (antisemitischen) Verschwörungsideologien umgehen?“ Diesen Fragen widmen sich die Bildungsbausteine des hessischen Projekts „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe).

Unter dem Titel „Die Corona-Krise als Herausforderung für Demokratie- und Menschenrechtsbildung“ ist eine Handreichung mit vielen methodischen Anregungen und grundlegenden Hintergrundinformationen entstanden, die auch im Rahmen von verschiedenen Online-Seminaren, pädagogisch tätige Multiplikator/-innen unterstützt, damit Kinder und Jugendliche in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Herausforderungen umzugehen und lernen. Dabei greift das im Zuge des Sommers der Migration 2015 entstandene Projektteam, das unter dem Dach des Demokratiezentrum in Marburg Institutionen, Vereine, Verbände, zivilgesellschaftliche Initiativen und in Schule und außerschulischen Bildungseinrichtungen begleitet, auf Erfahrungen und Erkenntnisse ihrer Fortbildungs- und

Beratungsarbeit zurück. Hier liegt ein Schwerpunkt auf der Förderung einer Teilhabekultur und einer menschenrechtsbasierten, betroffenenensiblen Auseinandersetzung mit Diskriminierungsgeschehen.

Erfahrungen aus der Projektarbeit: Reflexionsräume schaffen

Ein dynamisches, die Universalität der Menschenrechte wiederkehrend bekräftigendes Demokratieverständnis kann dazu beitragen, Menschen trotz fortbestehender Verunsicherungen zu stärken, ihr Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit (Selbstwirksamkeit) zu erhalten und Räume für Empathie und ein solidarisches Miteinander zu eröffnen. Gerade Heranwachsende sind hierfür grundsätzlich aufgeschlossen, wenn man sie entsprechend adressiert und zum Mitdenken einlädt.

Im Rahmen der Arbeit mit den ab April 2020 angebotenen und kontinuierlich weiterentwickelten Bildungsmaterialien zeigt sich, wie wichtig die Impulse und Einladungen zur Auseinandersetzung mit der Pandemiepolitik sind. Sie können dazu ermuntern, einen Zustand des bloßen Aushaltens und Abwartens zu überwinden. Die Angebote führen zu einem besseren Verständnis, wie schwierig und herausfordernd die zu treffenden politischen und administrativen Entscheidungen sind. Den Teilnehmenden wird die Komplexität der Sachverhalte vermittelt, sodass Entscheidungsprozesse (mit)verfolgt und konstruktiv kritisch begleitet werden können.

„Eure Meinung zählt“ – Methodische Anregungen für die demokratiepädagogische Arbeit

„Eure Meinung zählt“ lautete daher auch das Motto, das sich durch eine Vielzahl von methodischen Anregungen zog. Offene Leitfragen, die Kinder, Jugendliche und Heranwachsende wiederkehrend dazu einladen, ihre Erfahrungen in Auseinandersetzung mit der Pandemie reflektieren und sich dabei vor allem in ihrer Expertise und Handlungskompetenz erleben zu können, spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle wie die Beschäftigung mit verfassungsrechtlichen Dilemmata, die in lebensnahen Fallgeschich-

ten aufgegriffen und in Dilemmadiagen bearbeitet werden können. Eine grund-, kinder- und menschenrechtsbasierte Analyse der Situationen, in der die miteinander kollidierenden Rechte erkannt, ihr Wesensgehalt erfasst und ihre jeweilige Bedeutung gewürdigt werden, unterstützt die Entscheidungsfindung. Dadurch lernen die Teilnehmenden den Unterschied zwischen einem moral- und einem rechtsbasierten Denken kennen und erwerben Kenntnisse, die sie die getroffenen Entscheidungen kritisch würdigen lassen. Ideensprints zu weitergehenden Fallgeschichten laden die Teilnehmenden abschließend dazu ein, kreative Lösungsvarianten zu entwickeln und zivilgesellschaftliches Engagement kennenzulernen.

Dilemmatadiskurse und das Verhältnismäßigkeitsbarometer

Die gegenwärtige Situation des Lebens mit der fortbestehenden Gefahr durch das Coronavirus wirft große menschen- und kinderrechtliche Dilemmata auf. Denn im Bemühen, möglichst viele Menschen vor einer Infektion mit dem Virus zu schützen, werden andere für das Leben und die Gesundheit wichtige Kinder- und Menschenrechte eingeschränkt oder gar verletzt. Dabei können Fehlentscheidungen getroffen und auch revidiert werden. Dazu bedarf es Menschen, die mitdenken und sich ermutigt fühlen, sich konstruktiv-kritisch in Diskurse einzubringen oder diese auch anzustoßen.

Eine zentrale Methode ist dabei das Verhältnismäßigkeitsbarometer. In diesem werden die Teilnehmenden eingeladen, konkrete Situationen zu bewerten und sich dabei Gedanken darüber zu machen, ob die getroffenen Maßnahmen geeignet sind, das Ziel – das tatsächlich nur darin bestehen kann, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen – zu erreichen, und ob die getroffenen Einschränkungen vertretbar erscheinen.⁷ Dabei kommt es (zunächst) auf das subjektive Empfin-

⁶ Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte (März 2020): Corona-Krise: Menschenrechte müssen das politische Handeln leiten. Online abrufbar unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/de-fall/corona-krise-menschenrechte-muessen-das-politische-handeln-leiten>.

⁷ Exemplarisch seien hier drei Situationsbeschreibungen benannt: Ein achtjähriges Kind, das von seiner Familie isoliert in einem Zimmer bleiben muss, weil es Kontakt zu einer positiv auf Corona getesteten Person hatte; in Kirchen wird das Singen verboten oder: Krankenhauspatienten/-innen, die während ihres Krankenhausaufenthalts keine Besuche empfangen dürfen.

den der Teilnehmenden an. Die Teilnehmenden sind auf einer Skala von 0 bis 100 Prozent dazu eingeladen, einzuschätzen, wie verhältnismäßig sie das in der Situation beschriebene Vorgehen bewerten. 0 Prozent bedeutet, es gibt große Bedenken und es gibt vieles, was dagegenspricht, 100 Prozent bedeutet eine vollständige Zustimmung und der gewählten Verfahrensvorschlag wird als zielgerichtet, geeignet und angemessen betrachtet. „Zwischentöne“ sind denkbar und erwünscht. Es ist wichtig, die Teilnehmenden dazu einzuladen, den ganzen Bewertungsraum des Barometers (alle Prozentzahlen) zu nutzen. In dem die Moderatorin im Verlauf wiederkehrend das verfassungsrechtliche Verständnis der Verhältnismäßigkeitsprüfung einbringt, wachsen die Teilnehmende in ein stärker rechtsbasiertes Denken hinein. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Grund-, Kinder- und Menschenrechte in der jeweiligen Situation berührt sind und ggf. auch drohen verletzt zu werden, hilft den Teilnehmenden eine Spur zu spezifischen Kontexten, in denen die beschriebenen Maßnahmen

eine Rolle spielen, aufzunehmen und dabei die unterschiedlichen Lebensumstände, in denen Menschen mit den Maßnahmen konfrontiert werden, in den Blick zu nehmen.

Die Teilnehmenden melden häufig zurück, dass sie die Auseinandersetzung im Verhältnismäßigkeitsbarometer als perspektiverweiternd und sehr bereichernd erlebt haben. Ihnen werden die Komplexität und auch die Schwierigkeiten eine für alle Menschen und in Würdigung ihrer jeweils sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen eine gerechte und faire Entscheidung zu treffen, deutlich. *„Man merkt halt: Es gibt nicht nur Schwarz-Weiß“*, fasste eine Teilnehmenderin ihren Eindruck zusammen. *„Es ist gut, in Ruhe über die verschiedenen Aspekte nachdenken zu können, ohne sich dabei persönlich anzugreifen. Das habe ich als sehr entlastend erlebt, auch weil ich sowohl in beruflichen als auch privaten Zusammenhängen gerade ganz andere Erfahrungen mache“*, bekannte eine andere Teilnehmerin, die als Multiplikatorin in pädagogischen Zusammenhängen tätig ist.

Fazit

Das von dem Projekt Zusammenleben neu gestaltete und entwickelte Bildungsmaterial möchte insbesondere Pädagogen/-innen darin unterstützen, *„die Corona-Krise als Herausforderung für Demokratie und Menschenrechtsbildung“* anzunehmen und Kindern und Jugendlichen Angebote zu machen, sich mit ihrem Erleben, ihren Meinungen und Ideen wahr- und ernstgenommen zu fühlen, einen fundierten Bewertungsrahmen zu entwickeln und sich über die komplexen Zusammenhänge subjektorientiert informieren zu können.

Das Material ist abrufbar unter: <https://www.degede.de/wp-content/uploads/2021/01/zng-broschuere-corona-demokratie-menschenrechte-bildungspaket.pdf>.

Christa Kaletsch M.A., freie Autorin und Fortbildnerin in den Bereichen konstruktive Konfliktbearbeitung, Partizipation, Demokratie und Menschenrechtsbildung sowie 2. Vorsitzende von Makista e.V. und Co-Vorsitzende des Landesverbandes der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik in Hessen.
Kontakt: christa.kaletsch@degede.de